

Internationaler Aktionstag gegen die türkische Invasion in Nordsyrien und Nordirak

Am 20.01.2018 überfiel die türkische Armee zusammen mit islamistischen Milizen den Kanton Afrin der Demokratischen Föderation Nordsyrien. In Afrin soll ein Projekt zerschlagen werden, das unter dem Begriff der Rojava-Revolution viele Menschen über die Region hinaus inspiriert. Denn unter den Wirren des syrischen Bürgerkriegs wird in Nordsyrien eine Gesellschaft aufgebaut, die für Kurd*innen, Ezid*innen, Araber*innen, Syrer*innen wie für Christ*innen und Muslime gleiche Formen der Teilhabe ermöglicht. Auch die alten, feudalistisch-patriarchal geprägten Formen des Zusammenlebens der Geschlechter werden dort zunehmend in Frage gestellt und aufgehoben.



Nun hat Erdoğan weitere „Militäreinsätze“ im benachbarten Nordsyrien und auch im Nordirak nach vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 24. Juni angekündigt. Dabei behauptet er, seine Soldaten hätten im nordsyrischen Afrin gegen Terroristen gekämpft. Tatsächlich führte die türkische Armee dort völkerrechtswidrig Krieg gegen die friedliche, mehrheitlich von Kurd*innen bewohnte Region. Dieser Krieg hat zu einer weiteren Destabilisierung und massiven Zunahme von Gewalt in Syrien geführt. Mehr als 200.000 Menschen mussten vor den anrückenden Panzern und Kriegsverbrechen fliehen.

Nach der Eroberung haben das türkische Militär und die von der Türkei unterstützten Islamist*innen in Afrin faktisch das Scharia-Recht eingeführt. Frauen und nicht-sunnitische Volksgruppen müssen sich nun den strengen Regeln eines radikalen Islam unterwerfen. Bis zu 6.000 Kurd*innen sind vom türkischen Militär und syrischen Islamist*innen verschleppt worden. In der Region herrscht de facto Kriegsrecht. Die Infrastruktur dieser landwirtschaftlichen Region ist nahezu vollständig zerstört worden. Die Besatzer*innen haben in regelrechten Raubzügen Eigentum der Zivilbevölkerung geplündert, landwirtschaftliche und andere Fahrzeuge wurden geraubt und zum Verkauf zum Teil in die Türkei abtransportiert.

Es liegt daher an der internationalen Weltgemeinschaft, Verantwortung für die Geflüchteten aus Afrin zu übernehmen. Ihr Schutz ist eine humanitäre Pflicht. Nur unter schwierigsten Bedingungen können Hilfsgüter von Kobanê aus zu ihnen gebracht werden. Die Türkei verwehrt den Geflüchteten die Rückkehr nach Afrin, sie will eine ethnische Säuberung und siedelt arabische Geflüchtete aus anderen Regionen dort an. Der Rückzug der Türkei aus Afrin ist jedoch die einzige Option, um diesen Menschen wieder eine Perspektive zu geben und in diesem entgrenzten Stellvertreterkrieg diejenigen zu unterstützen, die an eine demokratische Perspektive glauben und sie aufbauen!

Die bisherigen Worte, die Politiker*innen wie Frau Merkel zum türkischen Waffengang gegen einen militärisch weit unterlegenen Gegner fanden, sind wertlos, solange die Regierung Waffenlieferungen aus deutscher Produktion wie Rheinmetall genehmigt und ermöglicht. Mehr noch wird in der BRD alles getan, um die Menschen, die hier für den Frieden, für die Beendigung des Angriffs und den Abzug der türkischen Truppen auf die Straße gehen, zu kriminalisieren, sowohl durch Einschränkungen des Versammlungsrechts wie z.B. absurde Verbote von Fahnen, Demonstrationen und Veranstaltungen, als auch durch polizeiliche Überfälle auf Vereinsräume wie im April auf das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurd*innen NAV-DEM in Hannover oder auf Verlage wie im März auf den Mezopotamien Verlag in Neus.

Brecht das Schweigen gegen die Invasion der Türkei in Kurdistan

Bei der Invasion Afrins öffnete Russland den syrischen Luftraum für die türkische Luftwaffe und die dominierenden internationalen Kräfte – die USA und die EU – hüllten sich in Schweigen. Dieses Schweigen setzt sich nun während der weiteren Angriffe des türkischen Staats im Nordirak und Nordsyrien fort. Die internationale Mittäter*innenschaft birgt für die Kurd*innen in allen Teilen Kurdistans die Gefahr von Massakern.

Die Pläne Erdoğan's, unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ noch mehr kurdische Regionen in Nordsyrien und Nordirak angreifen zu wollen, müssen unmissverständlich verurteilt werden. Es darf nicht hingegenommen werden, dass das Völkerrecht ganz selbstverständlich gebrochen wird.

Wir rufen alle internationalen Regierungen und Bündnisse – die UNO, die EU, die Arabische Liga – sowie alle demokratischen Kräfte der Welt dazu auf, sich gegen die türkische Aggression zu stellen.

Wir appellieren an die Medien in Deutschland, die Öffentlichkeit regelmäßig sowohl über die Kriegsverbrechen der Türkei und die von ihr unterstützten Dschihadist*innen, als auch über die Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei und die Waffenlieferungen zu informieren, sowie sich inhaltlich mit dem Projekt Rojava auseinanderzusetzen und unvoreingenommen darüber zu berichten.

Wir rufen alle politischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Aktivist*innen und internationale Institutionen dazu auf, den Kampf für die Freiheit Kurdistans zu unterstützen.

Afrin-Plattform Hannover

<http://stopptdenkrieg.blogspot.de>

Weitere Infos:

www.anfdeutsch.com